

Leserbrief an die MOZ zu : „**Außergewöhnlich wohlwollend**“

Im Land Brandenburg befinden wir uns in einer Situation, wie sie Ralf Giordano kürzlich in einem Interview beschrieb, und die „68er“ meinte. Damals waren etwa 20 Jahre nach Kriegsende vergangen, als sich die neue Generation nach den Auschwitzprozessen fragte, was denn wohl ihre Väter als Soldaten, an der Heimatfront oder sonstwo einschließlich ihrer Mütter von den Verbrechen unter der Herrschaft der Nationalsozialisten vor und während des Krieges gewusst oder sich sogar beteiligt hätten. In der Regel hatten sie sich auf den Befehlsnotstand berufen. Den gab es, aber er war auch immer relativ und forderte Zivilcourage. Das Mitmachen war ein Massenphänomen geworden und prägte das Gewissen der Menschen. Sie hatten es verloren, oder sie schwiegen und wenn sie gefragt wurden, verteidigten sie ihre Haltung mit Ausreden. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall entwickelte sich wie nach Kriegsende unter den Potsdamer Mandatsträgern unmittelbar nach der letzten Landtagswahl das dringende Bedürfnis, die Stasi-Überprüfung Anfang der 90er Jahre noch einmal zu hinterfragen. Nicht unerwartet fanden sich nicht unerwartet ehemalige Stasi-Mitarbeiter unter den Abgeordneten der Partei DIE LINKEN; denn wer als überzeugter SED-Kandidat Karriere machen wollte, musste zunächst sein Glaubensbekenntnis zur vorgeschriebenen politischen Religion, dem Marxismus-Leninismus, als IM unter Beweis stellen. Wenn ihm das erfolgreich z.B. als Parteisekretär gelungen war, stand ihm der Weg nach oben offen. Nach fast 20 Jahren Wiedervereinigung beider deutscher Staaten vertrauten einige IM arrogant der Vergesslichkeit ihrer Wähler oder bagatellisierten ihre Spitzeltätigkeit, indem sie überzeugend verkündeten, niemandem geschadet zu haben, ohne jemals dafür den Beweis angetreten zu haben. Die dreiste Koalition der SPD mit den LINKEN an dem Willen der SPD-Basis vorbei brachte das brodelnd Fass landesweit zum Überlaufen.

Die tiefere Ursache für die mangelhafte Überprüfung liegt in dem Fall Stolpe, dem jahrelangen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg. Obgleich nachgewiesener IM „Sekretär“ genoss er als Gesprächspartner im Ost-West-Menschenhandel im Westen Deutschlands und auch in der evangelischen Kirche, die ihr Nest beschmutzt sahen hohes Ansehen, das eine objektive Beurteilung mit politischen Folgen verhinderte. Daran waren auch die Mandatsträger anderer Parteien nicht unschuldig bis auf die Bündnisgrünen, von denen zwei wegen Stolpe die Landesregierung 1992 verließen. Sie genießen meine Hochachtung, die anderen nicht. Marianne Birthler, zehn Jahre lang die Leiterin der Stasi-Unterlagenbehörde, kennt die Ursache der bewusst von ihm verweigerten politischen Aufarbeitung des Unrechtsstaates DDR; denn jeder Versuch einer Auseinandersetzung mit der Diktatur wurde zu einem Ost-West-Thema gemacht und als Angriff auf die Ostdeutschen

gewertet, eine unselige Verquickung ausschließlich, um jeden Zweifel an seiner politischen Lauterkeit zu ersticken. Das funktionierte, bis jetzt! Sein Ansehen in der Bevölkerung verdankt er seiner Tätigkeit in der evangelischen Kirche und seiner Duldsamkeit gegenüber den SED-Genossen, den Tätern, im Umland von Berlin, der Hauptstadt der DDR, wo eine besondere Dichte dieser Funktionärstypen bestand, die bei der Vergabe von attraktiven Wohnraum bei eklatantem Mangel desselben eindeutig bevorzugt wurden. Angeblich hatten die meisten Genossen keine Ahnung von den Schandtaten des DDR(SED)-Unrechtssystems. Dabei hätte Stolpe als Empfänger des Stasi-Verdienstordens, den nur auserwählte beflissene Diener in der DDR-Diktatur erhielten, wissen müssen, dass bis 1981 in der DDR noch Todesurteile durch Genickschuss nach sowjetischen Vorbild wegen angeblichen Landesverrats vollstreckt wurden. Es ist der Fall Teske, dem die MOZ einen Artikel gewidmet hat. Als Mitglied des Rechtsausschusses der letzten freigewählten Volkskammer der DDR 1990 bekam ich ein Schreiben über den Fall Teske auf den Tisch, in dem handschriftlich von Honecker vermerkt war: *zu verfahren wie sonst*. Das bedeutete den unerwarteten Genickschuss ins Hinterhaupt. In einer Veranstaltung der KAS erfuhr ich von der Hinrichtung von 27 zum Tode verurteilten Waldheimhäftlingen, die nicht wie im Urteil festgelegt durch den Strang gerichtet wurden, sondern einzeln mit brutaler Gewalt zu Boden geworfen und erdrosselt wurden.

Die DDR war ein Unrechtsstaat und ihre Handlanger, die sich meist freiwillig Spitzeldiensten zur Verfügung gestellt hatten, um in gut bezahlte Führungspositionen vorzurücken, dürfen nicht in einer Legislative sitzen, weil es Betrug am Bürger ist. Nach zwanzig Jahren Schweigekartell in Potsdam muss die Prüfungskommission bei erwiesener Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit den Mandatsverzicht aussprechen. Stolpe ist keine Lichtgestalt mehr. Die Opfer erwarten diese Entscheidung! Alles andere ist ihre Verhöhnung. Das ist meine Meinung als Opfer.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen den 19. Juni 2011